

***„Auswirkungen regionaler Bevölkerungsentwicklung auf  
Risiken sowie Prävention von Gewalt- und  
Hasskriminalität“***

von

**Wolfgang Kahl**

Dokument aus der Internetdokumentation  
des Deutschen Präventionstages [www.praeventionstag.de](http://www.praeventionstag.de)  
Herausgegeben von Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks im Auftrag der  
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

---

Zur Zitation:

Wolfgang Kahl: „Auswirkungen regionaler Bevölkerungsentwicklung auf Risiken sowie Prävention von Gewalt- und Hasskriminalität“, in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2009, [www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/727](http://www.praeventionstag.de/Dokumentation.cms/727)

## **Regionale Bevölkerungsentwicklung und Risiken der Gewalt- und Vorurteils kriminalität: Zu den Erfordernissen gelingender Prävention (Wolfgang Kahl)**

Gegenüber Konstruktionen zukünftiger Lebensverhältnisse und ihrer Auswirkungen auf den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt ist Skepsis geboten. Zu groß sind die Unsicherheitsgrade im Hinblick auf eine Prognose von Entwicklungsmöglichkeiten der zahlreichen Einflussfaktoren (zur weiteren Begründung vgl. Kahl, Wolfgang: Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen - Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention, Bonn 2008, [www.kriminalpraevention.de](http://www.kriminalpraevention.de) – Präventionsfelder – Demografie).

Dennoch werden zukunftsgerichtete Einschätzungen für die heutige Entscheidungsfindung in politischen, zivilgesellschaftlichen und ökonomischen Handlungsfeldern benötigt, die sich etwa aus bereits erkennbaren Trends entwickeln lassen.

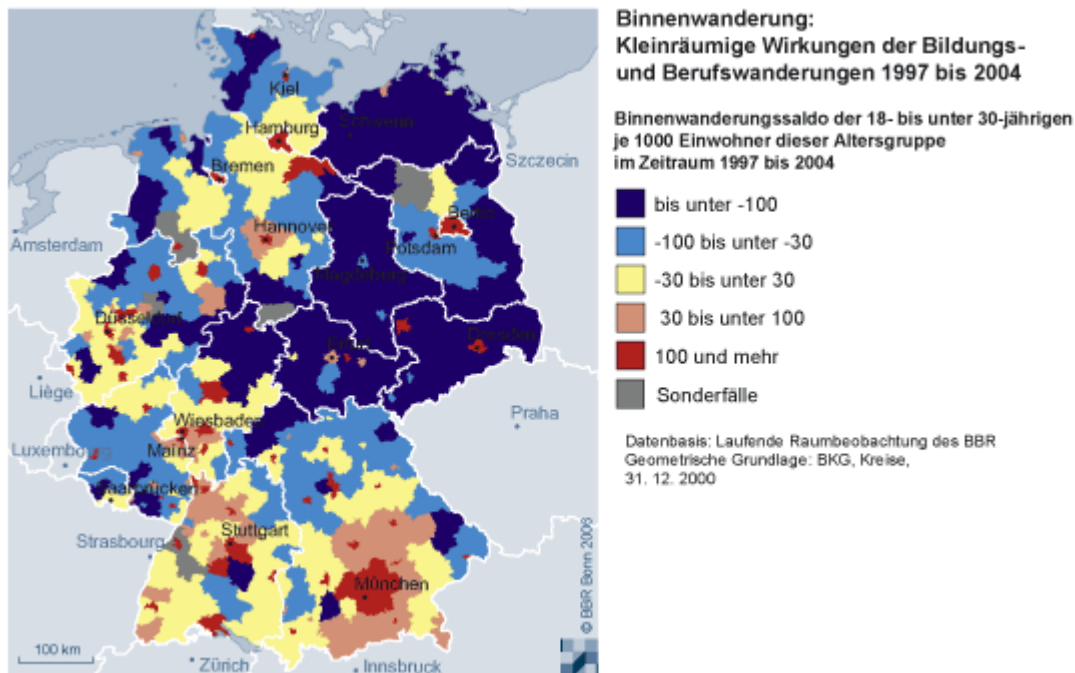
Neben den allgemeinen demografischen Veränderungen, die in Deutschland zu erwarten sind (insgesamt abnehmende Bevölkerung, veränderte Relationen zwischen den Altersgruppen / Alterung, veränderte Relationen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund) sowie den denkbaren Folgen (etwa zunehmende Belastungen der Sozialsysteme, zunehmende Altersarmut, steigende Herausforderungen an die Integrationspolitik, sinkende Innovationskraft der Wirtschaft) spielen die regionale Bevölkerungsentwicklung im Zusammenwirken mit anderen sozioökonomischen und kulturellen Veränderungen eine erhebliche Rolle für die Beurteilung der Zukunftsfähigkeit (Potentiale und Risiken) einzelner Kommunen.

Folgend werden insbesondere Risiken der Gewalt- und Vorurteils kriminalität sowie – in politische Zusammenhänge gebettet – Erfordernisse gelingender Prävention erörtert.

### **Zum Phänomen der Gleichzeitigkeit einer extremen Vielfalt regionaler und kommunaler Bevölkerungsentwicklung**

Mit zunehmender räumlicher Differenzierung steigt in der Regel die Bedeutung von Wanderungen gegenüber den natürlichen Bewegungen (Geburten, Sterbefälle) für die Bevölkerungsentwicklung. Darüber hinaus sind Wanderungen, insbesondere Binnenwanderungen auch ein aussagekräftiger Indikator für regionale Disparitäten in den Bereichen Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt oder generell für Unterschiede in der Attraktivität von Regionen.

Von besonderer Bedeutung für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit einer Region ist die Betrachtung der Wanderungsbewegungen der 18-30jährigen.



**(Abb. 1: Binnenwanderung in Deutschland 1997-2004, BBR 2006)**

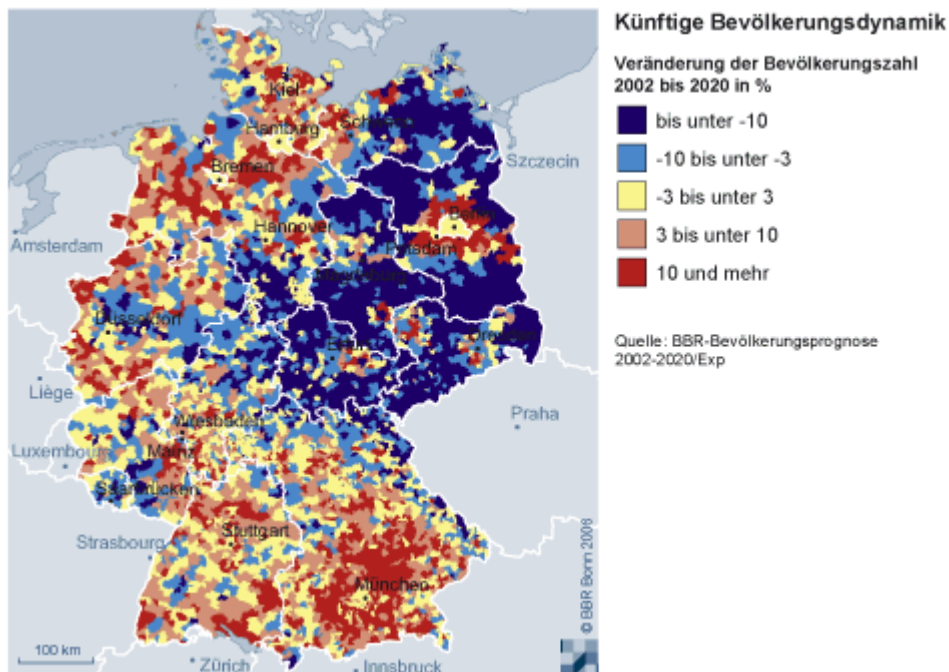
In dieser Altersgruppe sind Bildung und Erzielung von Erwerbseinkommen die zentralen Motive für Wanderungsentscheidungen. Für diese Gruppen sind die Städte mit ihren Hochschulstandorten und ihrem Arbeitsplatzangebot das bevorzugte Wanderungsziel.

Infolge der Binnenwanderung (im Wettbewerb zwischen den Regionen) werden beispielsweise in den nächsten Jahrzehnten die Einwohnerzahlen der Metropolregionen weiter steigen, während strukturschwache Kommunen dramatisch schrumpfen. Der abgebildete Trend der Entleerung von Gebieten (Abb.1) wird sich fortsetzen. Darüber hinaus sind auch die Veränderungen innerhalb der Bevölkerungsstruktur der einzelnen Kommunen zu betrachten.

Zentrales Ergebnis der Raumordnungsprognose des Bundesamtes für Raumordnung und Bauwesen (BBR) mit Blick zum Jahr 2020 ist die räumliche Spaltung der Bevölkerungsentwicklung. Es wird noch über Jahrzehnte hinweg das Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Bevölkerungen geben. Die erwartete Dynamik der Gemeinden bis 2020 zeigt ein nur leicht verändertes Muster gegenüber der Vergangenheit. Die frühere innerdeutsche Grenze bildet sich in der Bevölkerungsentwicklung kaum noch ab, wiewohl tendenziell ein Ost-West-Gefälle weiterhin feststellbar ist:

„Vom Ruhrgebiet in Richtung Osten erstreckt sich ein breiter keilförmiger Korridor, in dem vermehrt und zusammenhängend Gemeinden mit abnehmender Bevölkerung liegen. Nordhessen, das südöstliche Niedersachsen und Teile Frankens bilden diesen Keil. In den

neuen Ländern dürfen allenfalls suburbane Räume größerer Städte wie Berlin, Leipzig, Dresden, Halle oder Rostock mit Bevölkerungszunahme rechnen. Die bisher ausgedehnten Wachstumsregionen des Westens ziehen sich zurück auf ihre Kerne und "verinseln" immer mehr. Als größere zusammenhängende Gebiete verbleiben im Süden der Raum um München und im Nordwesten das Gebiet um die beiden Hansestädte. Auch die Rheinschiene von Düsseldorf bis in die Oberrheinische Tiefebene und zum Mittleren Neckar, der südliche Schwarzwald und das Bodenseegebiet erwarten noch ein gewisses Wachstum. Die gespaltene Dynamik führt zu einer großräumigen Bevölkerungsumverteilung, die im Osten anders aussieht als im Westen“ (vgl. Raumbewachung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)).

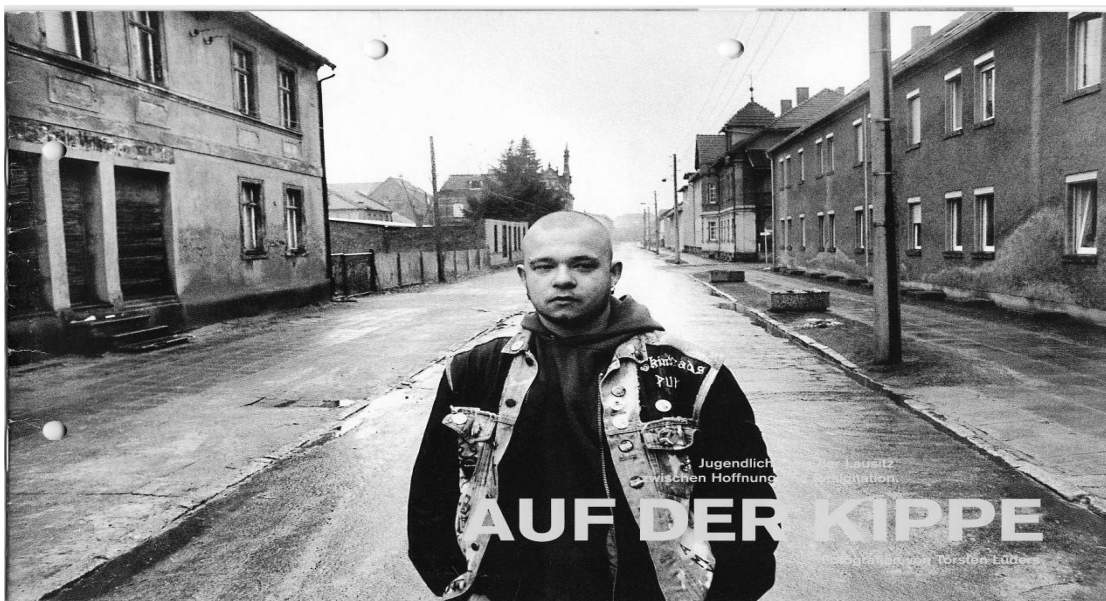


**(Abb. 2: Künftige Bevölkerungsdynamik in Deutschland, BBR 2006)**

In den Darlegungen wird deutlich, dass sich Schrumpfungsprozesse regional konzentrieren. Es zeichnet sich ab, dass sich in den schrumpfenden Regionen die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte und sozialen Ungleichheiten verschärfen und verfestigen werden. Weniger werden unmittelbare Generationenkonflikte eine Rolle spielen als vielmehr regionale und soziale Gegensätze und Konflikte. Der Fortgang des Trends einer demografischen Ausdünnung insbesondere ostdeutscher Kommunen aber auch ländlicher und städtischer Gebiete Westdeutschlands kann dramatische Folgen haben. Eindringlich zeichnet Günther Lachmann in seinem gerade erschienenen Buch „Von Not nach Elend – Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen“ (München 2008) Bilder dieses Wandels.

## **Zu den Risiken der Gewalt- und Vorurteilsriminalität in „schrumpfenden und alternden Gebieten mit hoher Abwanderung“**

Aus den Erkenntnissen des Raumordnungsberichts des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung 2005 und auch von den Ergebnissen der Studien „Die demografische Lage der Nation“ (2006) und „Not am Mann“ (2007) vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung kann u.a. abgeleitet werden, dass besondere Risiken im Hinblick auf eine Entstehung subkultureller Milieus potentieller (vorurteilsbereiter) Gewalttäter räumlich betrachtet dort zu erwarten (und zum Teil auch schon sichtbar) sind, wo ökonomische(r) und demografische(r) Stagnation bzw. Rückgang die Herausbildung einer zurückbleibenden, perspektivlosen, sozial unterprivilegierten und vor allem männerlastigen Unterschicht indiziert: In ohnehin dünn besiedelten, peripheren Gebieten wird sich kaum noch eine angemessene öffentliche Infrastruktur aufrechterhalten lassen, was wiederum zu weiterem Bevölkerungsschwund führen wird. Frauen wandern überproportional häufig ab, weil sie im Durchschnitt bessere Schul- und Ausbildungsergebnisse aufweisen, was es Ihnen leichter macht, andernorts auf Job- und Studienplatzsuche zu gehen. Die höchsten Frauendefizite haben deshalb Regionen, in denen der Arbeitsmarkt für qualifizierte junge Frauen besonders wenig zu bieten hat (z.T. Männerüberschuss von 25% und mehr). Diese Trends betreffen die ostdeutschen Bundesländer (vor allem ländliche Gebiete / Kleinstädte) aber auch Teile des (städtischen) Ruhrgebiets, wo ergänzend Herausforderungen bei der Integration von zugewanderten Mitbürgern zu bewältigen sind.



(„Auf der Kippe“ – Jugendliche aus der Lausitz zwischen Hoffnung und Resignation, Fotografien von Torsten Lüders, Graifenhain 2000)

Aus vielen unqualifizierten und deshalb in ihren Regionen zurückbleibenden jungen Männern entstehen neue Unterschichten, entweder als zunehmend gewalttätige Migrantenmilieus oder häufig rechtsextremistisch instrumentalisierte Gewaltmilieus. Die Ergebnisse des Projekts *„Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen“ (BMJ/DFK Berlin 2006)* ergänzen zur Phänomenologie solcher Gewaltmilieus, die häufig von Rechtsextremisten instrumentalisiert werden:

- Viele dieser Gewalttäter weisen zunächst ein hohes Gewaltpotenzial auf, dass vermutlich in der familiären Sozialisation erworben wurde, und lernen erst später die Rechtfertigungen - den „ideologischen Überbau“ - für ihre aggressiven Interaktionen in Cliquesozialisationen.
- Sehr hoch ist der Anteil der Gewalttäter, die ein (sehr) niedriges Bildungsniveau haben. Das niedrige Bildungsniveau basiert auf einem Konglomerat von Faktoren wie etwa zerstörte familiäre Verhältnisse mit ihren zirkulären Prozessen und Traumatisierungen („broken home“), problematische damit korrespondierende soziale Umgebung (Milieu, Nachbarschaft, Clique, usw.), Störungen des Sozialverhaltens, Persönlichkeitsdefizite sowie vor allem mangelnde Lebensperspektive. Die Störung des Sozialverhaltens erreicht bei sehr vielen eine pathologische Dimension, Gewalt ist ein zentraler Bestandteil.
- Gewalttäter bedienen sich leerer Floskel und Platituden als inhaltsloses Alibi für gemeinsame Gewalttätigkeit ohne die ideologischen Hintergründe zu kennen und verstanden zu haben. Attraktiv sind die Gewalt rechtfertigenden und fördernden Inhalte des Rechtsextremismus (wie rassistische Selbstübersteigerungen, Daseinskampf, „Recht des Stärkeren“, Hierarchie, Härte und Männlichkeit).
- Vorurteilsbedingte Gewalt kann durch Gruppenprozesse (häufig auch in Verbindung mit Alkohol) erheblich forciert werden, da die tausalösenden Reize gegenseitig verstärkt werden, Gewalt anerkannt wird und zu Prestige bei den anderen führen kann. Das Gruppengefühl der Stärke, der erlebte Gruppendruck und die Verantwortungsdiffusion können die Täter weiter enthemmen. Hinzu kommt immer ein konkreter Anlass / die unmittelbare Situation des Handelns (Aktualgenese).
- Übermäßiger und unkontrollierter Konsum von massenmedialen Angeboten und auch Computerspielen kommt anerkanntermaßen große Bedeutung bei der Erzeugung von Vorurteilen und Feindbildern ebenso zu wie bei der Erhöhung der Gewaltbereitschaft durch die Darbietung gewaltsamer Modelle der Konfliktaustragung.

- Weiteres Kennzeichen sind Empathiedefizite: In den Augen der jungen Täter ist kein Mitleid, kein Bedauern zu erkennen.

Es ist zu befürchten, dass bei Menschen, die in solchen Gewaltmilieus leben, der perspektivlose „Verliererstatus“ nicht nur das individuelle Bewusstsein bestimmt sondern sich die daraus resultierende destruktive Energie auch zunehmend kollektiv (zurzeit z.T. als Fußball-Hooliganismus) potenziert entlädt.

Es gilt zu verhindern, dass Menschen zu Abfall werden, weil sie niemand mehr braucht und ihr Leben nutzlos erscheint. Es geht um ihre Menschenwürde und vor allem um die Menschenwürde ihrer potentiellen Opfer. Bereits jetzt steht die Gerichtsbarkeit in den betroffenen Regionen mit den Folgen von Fehlentwicklungen da, bei denen Prävention vielfach versäumt wurde (vgl. etwa Die Zeit vom 23. Juni 2005, Gaschke, Susanne: Die Wut der Unterschicht – Der Fall Ronny B. oder warum verwehrloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben oder die Analyse von Andres Veiel: Der Kick – Ein Lehrstück über Gewalt, München 2007).

Kontinuierlich werden diese Entwicklungen auch in den jährlich erscheinenden Folgen der „Deutschen Zustände“, die Zwischenergebnisse aus dem 2002 unter Federführung von Wilhelm Heitmeyer begonnenen auf zehn Jahre angelegten Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ berichten, analysiert und Handlungsbedarfe und Lösungsansätze formuliert. Daran gilt es ernsthaft anzuknüpfen.

### **Handlungsfelder zur Prävention von Gewalt- und Vorurteilsriminalität in „schrumpfenden und alternden“ Gebieten mit hoher Abwanderung**

„...Gewalt ist nicht allein ein Problem individueller Abweichung und nicht nur Folge und Ausdruck bestimmter Strukturen – sie ist stets beides. Eine Kontrolle individueller Gewalt folgt aus der >Domestizierung< des Menschen im Rahmen seiner komplexer werdenden >gesellschaftlichen Organisation< und einer immer enger greifenden Sozialisierung. Die Fähigkeit zur Affektkontrolle, die Beherrschung aggressiver Impulse ist zu einem Element allgemeiner Handlungskompetenz, Selbstzwang zur Voraussetzung gesellschaftlicher Partizipation geworden. Diese kulturelle Sicherung des sozialen Zusammenlebens hat allerdings Schwachstellen ... Zum anderen übertreten insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene wie auch Angehörige von Gruppen mit geringen politischen und ökonomischen Zugangs- und Teilnahmekancen dieses gesellschaftliche Gewaltverbot mit großer Regelmäßigkeit“ (zitiert aus dem *Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin, 1995, S.21*). Gewaltverzicht ist deshalb vor allem an gesellschaftliche Integration gebunden und muss für jede Generation und in jeder individuellen Sozialisation erkämpft aufs Neue gestaltet werden.

Bei Handlungserfordernissen, die die *Strukturebene* betreffen, sollten insbesondere Gebiete mit besonderer Problembelastung in den Blick genommen werden. Gemeint sind jene bereits erwähnten Räume, die durch Abwanderung, (Über)alterung, Arbeitslosigkeit, Abbau von Infrastruktur, bauliche Altlasten, z.T. Migrationsbelastungen, Entmischung/Segregation, Wohnungs- und Gebäudeleerstand, Kriminalitätsbelastung u.a. in eine Abwärtsspirale geraten sind oder vorhersehbar geraten könnten. Es sind urbane Quartiere in (ehemaligen) Industriestandorten in Ost- und Westdeutschland betroffen, die den bisherigen Strukturwandel unter sich verschärfenden Problemlagen fortsetzen müssen, aber auch ländliche und kleinstädtisch geprägte „Schwundräume“ vor allem in Ostdeutschland.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) haben 2007 vorhandene „Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels“ synoptisch nach Bundesländern gegliedert aufbereitet. Am Ende werden Forschungsbedarfe insbesondere zur Realität der Umsetzung und zum Erfolg der Maßnahmen (Evaluation) formuliert.

In einem Gutachten hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung im Auftrag des Landtags eine Problemanalyse zum demografischen Wandel im Land Brandenburg einschließlich einer Bewertung der bisherigen Regierungsaktivitäten erarbeitet und anschließend Lösungsvorschläge für eine „Zukunftswende“ formuliert. Als eine wesentliche Grundlage gilt die Erhöhung und Stärkung der Handlungsautonomie von Akteuren im Sinne einer Abkehr von strikter öffentlicher Durchführungsplanung: „Ein Gemeinwesen wird sich darum von selbst – wie von >unsichtbarer Hand< gesteuert - auf die Erfordernisse einer Entwicklung einstellen, wenn entsprechende Handlungen Vorteile bringen und diese auf unbürokratische Weise ausgestaltet werden können“ (Berlin Institut: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, 2007). Handlungsempfehlungen zur Verbesserung von Anreizstrukturen, Akteurskooperation und Ressourcenbündelung werden im Abschlussbericht des Projekts „Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik“ (Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., April 2008) gegeben.

Die wünschenswerte Stärkung der Bürgergesellschaft darf allerdings nicht mit einer Flucht des Staates aus seiner sozialen Verantwortung einhergehen, denn nur der Sozialstaat kann soziale Gegensätze sowie Konflikte strukturell entschärfen und gilt damit als Prinzip und Mittel der Prävention im engeren und weiteren Sinne: Eine moderne Sozialpolitik ist die Basispolitik der Demokratie, die dafür sorgt, dass ein Mensch auch Bürger sein kann. (Heribert Prantl, Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München 2005).



Das aufgezeigte strukturelle Präventionsverständnis ist gleichwohl auf der individuellen Ebene zu ergänzen. Um bereits an den Ursachen aggressiven Verhaltens ansetzen zu können und um bereits früh Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen zu verringern / zu vermeiden (Handlungsebene), orientieren sich frühpräventive Strategien an entwicklungsbeeinflussenden Faktoren. Risikoerhöhende und risikomildernde Bedingungen werden etwa in den Handlungsfeldern Individuum, Familie, Schule, Freizeit unterschieden. Beide Faktoren wirken in dem Gesamtsystem der Sozialisation und sozialen Kontrolle mit vielfältigen Wechselwirkungen auf den zwei Ebenen: Persönlichkeit des Täters (Mikroebene) sowie der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen/Einflüsse (Makroebene). Entsprechende Präventionsempfehlungen geben die vom Deutschen Forum für Kriminalprävention herausgegebene Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“, (Bonn 2008) sowie der Band „Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter“ vom Deutschen Jugendinstitut (München 2007). Im Juni 2008 ist der Band „Gewalt zum Thema machen – Gewaltprävention mit Kindern und Jugendlichen“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) erschienen, in dem u.a. in der pädagogische Praxis erprobte Seminar- und Trainingsmodelle sowie didaktische Standards vermittelt werden.

### **Zu den allgemeinen den politischen Handlungserfordernissen**

Es ist angezeigt, jetzt zeitnah in den verschiedenen Politikfeldern zu agieren, mit einer Strategie, an der alle relevanten Akteure/Ressorts, über kurzfristige Wahlperioden hinaus, mitarbeiten, eine Strategie die eine klare Priorisierung und zeitliche Sequenzierung von präzise definierten Maßnahmen umfasst.

Folgerichtig wurden 2005 im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD – daran sei erinnert - für die Bundesebene zukunftsgerichtete Politikansätze in den unterschiedlichen Handlungsfeldern vereinbart, etwa

- Stadtentwicklung als Zukunftsaufgabe (Weiterentwicklung des Programms soziale Stadt durch Bündelung mit Fördermöglichkeiten anderer Ressorts): „Zur Bewältigung des demografischen Wandels und der Migration wollen wir mit Modellvorhaben Städte dabei unterstützen, Wohnquartiere kinder- und familienfreundlich zu gestalten und die Infrastruktur barrierefrei und altengerecht umzubauen.“
- Förderung sozialer Standortfaktoren, um junge Menschen in den Regionen zu halten. „Ein Schwerpunkt wird die Förderung der Bildung sein ... Die Bundesregierung wird begonnene Initiativen für Toleranz und Zivilcourage fortführen und weiter entwickeln.“

- Stärkung einer familienfreundlichen Gesellschaft: „Ziel ist eine ganzheitliche Politik für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ... Unsere Familienpolitik geht davon aus, dass Eltern in ihrer primären Erziehungsverantwortung und –fähigkeit gestärkt werden müssen. Das bedeutet, dass insbesondere für Familien mit sozialen Risiken Angebote entwickelt werden, die den Kindern bessere Bildungschancen und Müttern und Vätern grundlegende Kompetenzen vermitteln. Wir wollen dafür sorgen, dass kein Kind verloren geht ... Junge Menschen haben ein Recht auf Bildung, auf ein gesundes Aufwachsen, auf gesellschaftliche Beteiligung und vor allem darauf, dass sie vor physischer und psychischer Gewalt geschützt werden. Im einzelnen:
  - Frühe Förderung, die die Erziehung der Eltern ergänzt und Bildungsangebote über das Elternhaus hinaus eröffnet
  - Bildung sozialraumbezogener Kristallisationspunkte, die fördernde Angebote für Familien und Generationen unter einem Dach und aus einer Hand ermöglichen (Projekt Mehrgenerationenhäuser)
  - Projekt „Frühe Förderung für gefährdete Kinder – Prävention durch Frühförderung“: „Jugendhilfe und gesundheitliche Vorsorge sowie zivilgesellschaftliches Engagement sollen zu einer neuen Qualität der Frühförderung in Familien verzahnt werden. Gerade für die sozial benachteiligte Familien müssen die klassischen „Komm-Strukturen“ vieler Angebote zielgruppenbezogen verbessert und neue „Geh-Strukturen“ entwickelt werden.
  - In den „lokalen Bündnissen für Familie“ arbeiten Kommunen, Kammern, Verbände, Wirtschaft und soziale Organisationen erfolgreich zusammen, um attraktive Lebensbedingungen für Familien zu schaffen.
  - Neben Familie, Schule und Kindertageseinrichtungen sind auch die Angebote der Jugendarbeit, der kulturellen Jugendbildung, informelle Bildungsprozesse in der Gleichaltrigen-Gruppe sowie im Umgang mit den Medien von Relevanz.
  - Evaluierung des Konstrukts „Regulierte Selbstkontrolle“ im Bereich der neuen Medien, Prüfung eines Verbots von „Killerspielen“
  - Fortführung und dauerhafte Verstetigung der Förderung von Demokratie und Toleranz: „Ziel ist es, den Handlungsrahmen von Aktionsprogrammen umfassender auszulegen. Damit können wir einen wesentlichen Beitrag leisten, einer zunehmenden Gewaltbereitschaft junger Menschen entgegenzuwirken ... Wir wollen, dass Jugendliche vor Ort motiviert werden und in ihrem Engagement verlässlich unterstützt werden.“

- „Die individuellen und sozialen Kompetenzen junger Menschen wollen wir im Rahmen der Präventionsarbeit im Sinne einer „Peer-Group-Beratung“ verstärkt nutzbar machen, zum Beispiel durch Tutoren- und Mentorenmodelle in Kooperation von Jugendverbänden und Schulen.“
- Nutzung der Potentiale des Alters: „Der demografische Wandel erfordert einen Paradigmenwechsel in der Rolle der Älteren Menschen ... Die aktive Teilhabe älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft sowie ihr ehrenamtliches Engagement müssen gefördert werden ...
- Stärkung der Bürgergesellschaft: „Ohne ein starkes ehrenamtliches Engagement ... für unser Zusammenleben kann unsere Gesellschaft nicht existieren ... Die zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Konfliktprevention, zur Integration von Migranten und zur Prävention und Bekämpfung von Extremismus werden wir unterstützen.“
- Förderung der Integration: „Für eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, ist von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft ... Die damit verbundenen Aufgaben lassen sich nur durch eine ressortübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen einer Gesamtkonzeption bewältigen .. Insbesondere die enge Einbeziehung der Eltern durch schulische und außerschulische Bildungs- und Betreuungseinrichtungen ist für Migrantenkinder wesentlich.“

Weitere auf die Gestaltung der Herausforderungen der Zukunft gerichtete Politikkonzepte sind etwa im Nationalen Strategiebericht Alterssicherung, im Nationalen Aktionsplan für Deutschland zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, in den Förderungen der Stadtentwicklung des Bundes und der Länder, in der Nationalen Strategie für ein kindgerechtes Deutschland, im Nationalen Integrationsplan enthalten.

Die genannten konzeptionellen Ansätze der Zukunftsgestaltung betreffen einen dynamischen gesellschaftlichen Transformationsprozess und sind dem Ziel einer stabilen und für alle Bürger lebenswerten Gesellschaft verpflichtet. Sie sollen sozioökonomischen Fehlentwicklungen zuvorkommen und damit auch Innere Sicherheit in Deutschland mitgestalten. Es gilt den gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen den Individuen, Gruppen und Generationen - als strukturellen Schutz auch vor gewaltsamer Devianz – zu stabilisieren. Der Sicherheitsaspekt steht zumeist nicht im Vordergrund, ist aber jeweils zumindest mittelbar betroffen. Insoweit entfalten Strategien und Konzepte der Zukunftssicherung bedeutsame kriminalpräventive Effekte. Derjenigen Kriminalität, die gerade aus übermäßigen gesellschaftlichen Verwerfungen, Konflikten und Werteverlusten entsteht, würde damit im zuvorkommenden Sinne, ursachenorientiert, begegnet werden.

Andernfalls drohen gesellschaftliche Konflikte den sozialen Frieden, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie letztlich die politische Stabilität der Demokratie zu gefährden.

### **Literatur:**

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die Demografische Lage der Nation, Berlin, 2006

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Not am Mann, Berlin, 2007

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Gutachten zum demografischen Wandel im Land Brandenburg, Berlin 2007

Bertelsmannstiftung: Wegweiser Demographischer Wandel 2020 – Analyse und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh, 2006

Bertelsmannstiftung: Informationsportal [www.aktion2050.de](http://www.aktion2050.de)

Brinkmann, Heinz Ulrich; Frech, Siegfried; Posselt, Ralf-Erik: Gewalt zum Thema machen – Gewaltprävention mit Kindern und Jugendlichen, bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) veröffentlicht, Bonn 2008

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Informationsportal [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de)

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

- Raumordnungsbericht 2005, Berlin 2005 (BT-Drucksache 15/5500)
- Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf Soziale Stadt“, seit 1999  
[www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de)
- Strategien der Landes- und Regionalplanung zur Bewältigung des demografischen Wandels, Schriftenreihe Werkstatt Heft 49, Bonn 2007

Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung:

- Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005, Strategien zur Stärkung der sozialen Integration (2003) und Implementierungsbericht (2005), Berlin, BT Drucksachen 15/5569 und 15/1420
- Nationaler Strategiebericht Alterssicherung 2005, BT-Drucksache 15/5571

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Nationaler Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland, Berlin 2005

Bundesregierung, Presse- und Informationsamt: Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege – Neue Chancen, Berlin 2007

CDU, CSU und SPD: Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit, Koalitionsvertrag, Berlin 11.11.2005

Deutsches Forum für Kriminalprävention, Bundesministerium für Justiz: Hasskriminalität – Vorurteilskriminalität: Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen, Berlin 2006

Deutsches Forum für Kriminalprävention: Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“, Bonn 2008

Deutsches Jugendinstitut: Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter, München 2007

Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA): Lebenswelten 2020 – So werden wir leben, Köln 2003

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.: Abschlussbericht der Kommission „Chancen des demographischen Wandels für die Wohnungs- und Städtepolitik, Berlin April 2008

Enquetekommission des Deutschen Bundestages: „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“, Schlussbericht, Berlin 2002 (BT-Drucksache 14/8800)

Gaschke, Susanne: Die Wut der Unterschicht – Der Fall Ronny B. oder warum verwaahloste Jugendliche in Ostdeutschland unvorstellbare Grausamkeiten verüben, in Die Zeit vom 23.Juni 2005

Heinz, Wolfgang / Spiess, Gerhard: Demographischer Wandel und Kriminalität junger Menschen bis zum Jahre 2050, in forum kriminalprävention 3/2005

Heitmeyer Wilhelm: Deutsche Zustände Folgen 1-6, Frankfurt a.M. jährlich seit 2002

Heitmeyer, Wilhelm, Schröttele Monika (Hrsg.): Gewalt. Beschreibungen – Analysen - Prävention, Bonn 2006

Kahl, Wolfgang: Demografischer Wandel im Kontext sozioökonomischer Prozesse und sozialräumlicher Entwicklungen - Mögliche Auswirkungen auf Phänomene der Gewaltkriminalität und Folgerungen für die Prävention, Bonn 2008, Online [www.kriminalpraevention.de](http://www.kriminalpraevention.de)

Lachmann, Günther: Von Not nach Elend – Eine Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen, München 2008

Landeskommission Berlin gegen Gewalt: *Endbericht der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin, 1995*

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle: Trends der Kriminalität in NRW – Eine Zeitreihenanalyse unter Berücksichtigung demographischer und ökonomischer Entwicklungen, Düsseldorf 2006

Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen: Bericht zur Stadtentwicklung in NRW 2006, Herausforderungen des demografischen Wandels, Düsseldorf 2006

Prantl, Heribert: Kein schöner Land – Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit, München 2005

Veiel, Andres: Der Kick – Ein Lehrstück über Gewalt, München 2007

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006